AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN IN DER DEUTSCHEN SCHIFFBAUINDUSTRIE

Christian A. Schilling

Meldungen über die Übernahme deutscher Schiffbaustandorte durch ausländische Investoren lösen bei Manchen zumindest gemischte Gefühle aus. Dies wurde auch in vergangener öffentlicher Berichterstattung deutlich. Der Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V. (VSM) teilt diese Sichtweise nicht und leitet daraus derzeit insbesondere auch keine Nachteile für die Industrie bzw. den Industriestandort ab. Diese Entwicklung zeigt lediglich, dass insbesondere die zivile Schiffbauindustrie in der globalisierten Welt aus internationaler Investorensicht nur einer unter vielen Industriesektoren ist. Nicht mehr und nicht weniger. Im Falle sicherheits- und verteidigungsrelevanter Unternehmen und Technologien muss diese Sichtweise selbstverständlich auch aus Sicht des VSM deutlich relativiert werden. Hierbei müssen Sicherheitsinteressen und der Erhalt wehrtechnischer Fähigkeiten zu Recht im Vordergrund stehen.

Kritischen Stimmen sei zunächst mit etwas ironischem Unterton geantwortet, dass Investitionen in die deutsche Schiffbauindustrie von Investoren gleich welcher Staatsbürgerschaft nichts „Ehrenrühriges" sind. Dieser Eindruck könnte jedoch entstehen, wenn man manche öffentliche oder politische Diskussion über unseren strategischen Industriesektor verfolgt. Investitionen waren vor nicht allzu langer Zeit notwendig, um einzelne Unternehmen wieder in ruhigeres Fahrwasser zu führen bzw. um zunächst deren Überleben zu sichern. Allerdings wurden diese Investitionsentscheidungen lange Zeit jedoch ganz einfach nicht getroffen. Wie also nach Ansicht der Kritiker verfahren? Die Unternehmen abwickeln oder weitere direkte staatliche Unterstützungen fließen lassen? Beides wohl eher nicht. Von daher begrüßt der VSM grundsätzlich zunächst jede Investition.

Bisher lässt sich eine Vielzahl positiver Auswirkungen durch die ernsthaften Engagements aus den VAE, Russland oder auch Großbritannien erkennen. Dazu zählt zunächst einmal die grundsätzliche Stärkung der gesamten Schiffbauindustrie – ganz einfach durch die Sicherung der wahrnehmbaren „kritischen Masse". Einher gehen damit der Erhalt hoch qualifizierter und gut dotierter Arbeitsplätze sowie der Erhalt von Ausbildungskapazitäten in strukturschwächeren Küstenregionen. Zudem profitieren vom Erhalt der Standorte direkt und indirekt viele kleine und mittelständische Zulieferer und Dienstleister auch aus der jeweiligen Region. Für die industrielle Wertschöpfung in Deutschland sind diese Investments eindeutig von Vorteil. Gleichzeitig gelingt es, technologisches Know-how am Standort Deutschland zu halten. Die bisherigen positiven Erfahrungen machen deutlich, dass die übernommenen Unternehmen gestärkt und ausgebaut werden, um langfristig eine Rolle in der maritimen Industrie weltweit zu spielen. Unsere Volkswirtschaft profitiert davon.

Zu fragen ist allerdings, warum Schiffe „made in Germany" und die sie bauenden Unternehmen für ausländische Kunden und Investoren interessant sind, aber für deutsche offenbar nicht oder nur sehr eingeschränkt. Sicherlich tragen zu dieser Zurückhaltung einige wenige, aber dennoch auch wirtschaftlich schmerzhafte Ereignisse bei. Allerdings sind negative Unternehmensnachrichten kein spezielles Thema der Schiffbauindustrie, sondern nahezu aus jedem Wirtschaftssektor bekannt. An der Schiffbauindustrie scheint jedoch das besondere Image in der nationalen Wahrnehmung stärker und teils auch mit deutlich größerer öffentlicher Anteilnahme zu haften.

Man könnte aber auch zu dem Schluss kommen, dass ausländische Investoren die großen zukünftigen Chancen der maritimen Industrie erkannt haben und eben nicht von der seit Jahrzehnten zu großen Teilen nur gefühlten Krisenlage der deutschen Schiffbauindustrie infiziert wurden. Negativ beeinflusst wird die nationale Wahrnehmung zudem aktuell auch durch die Auswirkungen der desaströsen Lage am deutschen Schiffs-KG-Markt. Als Kollateralschaden zu dieser leidet auch die heimische Schiffbauindustrie.

Möglicherweise erkennen ausländische Investoren die Möglichkeiten maritimen Wachstums besser und sehen mit Blick von außen, dass der Standort Deutschland mit hervorragend ausgebildeten, kreativen Facharbeitern und Ingenieuren und seinen Kapazitäten eine besondere Rolle spielen kann. Zudem ist Deutschland immer noch ein Wirtschaftsstandort mit äußerst hoher Investitions- und Rechtssicherheit. Trotz kontinuierlich steigender Produktionskosten stimmen die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für Investitionen.

Denn selbst in Europa ist die Sicherheit von Investitionen nicht in allen Staaten auf gleicher Ebene gewährleistet. Als Indizien hierfür könnten beispielsweise erst kürzlich getroffene nationalstaatliche verteidigungspolitische Entscheidungen oder auch grundsätzliche industriepolitische Ausrichtungen in einzelnen europäischen Staaten gewertet werden. Welche Auswirkungen dies auf künftige Investitionsentscheidungen und welche langfristigen Folgen dies dort zeigen wird, bleibt abzuwarten. Vor diesem Hintergrund sind jedoch Investitionsentscheidungen zugunsten des Standortes Deutschland und aufgrund der besonderen Fähigkeiten, Erfahrungen und Kapazitäten zugunsten insbesondere seiner Schiffbauindustrie absolut nachvollziehbar und besonders auch im zivilen Sektor grundsätzlich positiv zu werten. ⚓

Christian A. Schilling, LL.M., ist Rechtsanwalt und Justiziar beim Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V.